

»Woche für das Leben«

»Wir streiken«, war auf den Türen privater Abtreibungskliniken in ganz Spanien zu lesen. Damit protestierten Ärzte und Krankenschwestern Anfang Januar gegen die »Schikanen der Behörden«, »organisierte Verfolgung« und »Hexenjagd«.

Von Matthias Lochner

Begonnen hatte alles im November letzten Jahres: Eine Reportage des dänischen Fernsehsenders »DR1« deckte auf, dass in der Privatklinik »Clinica M. C.« in Barcelona illegale Abtreibungen durchgeführt wurden. Demnach bietet die über die Landesgrenzen hinaus bekannte Klinik von Carlos Morín Frauen aus ganz Europa Abtreibungen bis zur 32. Schwangerschaftswoche an. Vor versteckter Kamera bot Morín einer im achten Monat schwangeren Journalistin des Fernsehsenders die Tötung ihres gesunden Kindes zum Preis von 4.000 Euro an. In dem Dokumentarfilm sagte der Klinikchef, er würde »das Herz des acht Monate alten Fötus durch eine Gifinjektion zum Stillstand bringen.« Dies würde Wehen hervorrufen und die Frau würde dann das tote Kind zur Welt bringen. Seine Klinik sei eine der wenigen weltweit, die Spätabtreibungen vornähmen, so der gebürtige Peruaner. Morín, in spanischen Medien auch »Rey de los Abortos« (König der Abtreibungen) genannt, unterhält landesweit mehrere Abtreibungskliniken.

Die Frau habe behauptet, sie sei Opfer familiärer Gewalt geworden und leide unter Ängsten und Depressionen, verteidigte sich der Abtreibungsarzt nach Ausstrahlung der Reportage vor Journalisten. Der Klinikchef beteuerte, seine Einrichtung nehme nur selten Abtreibungen über die 30. Schwangerschaftswoche hinaus vor. Morín und seine Ehefrau, die in einer seiner Kliniken angestellt war, sitzen mittlerweile im Gefängnis. Die Gesundheitsbehörden nahmen den Fall zum Anlass, landesweit Kontrollen in Abtreibungskliniken durchzuführen. In mehreren Fällen wurde die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. Das Ergebnis: Mehrere Festnahmen und die Schließung einiger Kliniken; neun Ärzte und Psychologen sehen einer Anklage entgegen. Der Vorwurf: Die Anstellung von medizinisch nicht qualifiziertem Personal und die Fälschung der für eine

Abtreibung vorgeschriebenen psychologischen Gutachten. Die konservative Tageszeitung »ABC« berichtete gar über den Einsatz eines Fleischwolfes bei der Zerkleinerung abgetriebener Kinder.

In Folge der Veröffentlichung der skandalösen Praktiken in einigen Abtreibungskliniken kündigten die staatlichen Behörden an, ihre Kontrollen künftig zu

fünftägigen Streik, währenddessen sie nur in »Notfällen« Abtreibungen vornahmen. Der Abtreibungsskandal habe durch Verallgemeinerungen ein schlechtes Licht auf alle Einrichtungen geworfen und die ausführenden Ärzte als Monster, Mafiosos oder Verbrecher hingestellt, beschwerte sich der Sprecher des »Verbandes privater Abtreibungskliniken« (ACAI) Santiago



Gesetze gegen den Lebensschutz: Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero

verschärfen und die Kontrollbesuche in jeder Klinik von zwei auf sechs pro Jahr zu erhöhen. Daraufhin reagierten die Abtreibungsärzte mit Protest, weil sie sich unter Generalverdacht und zu Unrecht angeklagt sahen. Von »Schikanen der Behörden«, »Organisierter Verfolgung« und »einer Hexenjagd« war die Rede. Insgesamt traten in ganz Spanien 32 private Abtreibungskliniken in einen

Barambio. Die am Streik beteiligten Kliniken führen nach eigenen Angaben 98 Prozent der Schwangerschaftsabbrüche in Spanien durch. Demnach dürfte es vom 8. bis zum 12. Januar kaum Abtreibungen in Spanien gegeben haben. Abtreibungsgegner sprachen denn auch begeistert von einer »Woche für das Leben« und forderten, den Streik auf das ganze Jahr auszuweiten. Die Argumentation der

Abtreibungskliniken, die sich nunmehr öffentlichkeitswirksam als Opfer darstellen, mure grotesk an. Dies sei doch ungefähr so, als beklagten »Tour de France«-Fahrer nach den zahlreichen bekannt gewordenen Dopingfällen, dass die Dopingkontrollen strenger geworden seien, so die Lebensrechtler. Im Grunde könnten den Kliniken, die Abtreibungen legal durchführen, die verschärften Kontrollen egal sein. Sie müssten sich angesichts der

sogar unbegrenzt erlaubt. Gerade die letzt genannte Indikation lässt einen weiten Ermessensspielraum. So beriefen sich dem spanischen Gesundheitsministerium zufolge die Abtreibungsärzte in mehr als 96 Prozent der durchgeführten Abtreibungen im Jahr 2006 auf diesen Passus. Infolge der liberalen Auslegung der Gesetze sind die vorgeburtlichen Kindstötungen denn auch enorm gestiegen. So wurden im Jahr 2006 offiziell 101.592



Ort illegaler Abtreibungen: »Clínica M.C.« in Barcelona

strengeren Prüfungen sogar freuen, dass die schwarzen Schafe unter ihnen aussortiert werden, argumentierten Abtreibungsgegner. »Wir fühlen uns bedroht und kriminalisiert«, erklärte hingegen Santiago Barambio. Der ACAI-Sprecher forderte politische Rückendeckung und polizeilichen Schutz für die Abtreibungskliniken. »Der Staat muss den Frauen das Recht ermöglichen, ihre Schwangerschaft in Freiheit und mit medizinischer Sicherheit zu beenden«, so Barambio weiter.

Die harschen Worte überraschen, denn Spaniens Abtreibungskliniken werden nicht nur vom Staat autorisiert, vorgeburtliche Kindstötungen vorzunehmen, sie werden vom Staat auch subventioniert. Das spanische Abtreibungsrecht von 1985 beinhaltet eine so genannte Indikationslösung. Demnach ist die Tötung eines ungeborenen Kindes zwar grundsätzlich verboten, nach einer Vergewaltigung aber bis zur 12. Schwangerschaftswoche zulässig, bei Verdacht einer Missbildung des Kindes bis zur 22. Woche und bei einer möglichen Gefährdung der physischen oder psychischen Gesundheit der Frau

Abtreibungen durchgeführt. Dies waren fast 11 Prozent mehr als noch im Jahr 2005 und doppelt so viele wie zehn Jahre zuvor. Insgesamt ließen 3.383 Ausländerinnen 2006 in Spanien eine Abtreibung vornehmen, was eine Steigerung von 29 Prozent zum Vorjahr bedeutet. Etwa jede Zehnte davon hatte zu diesem Zeitpunkt das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet. Beinahe die Hälfte, der aus dem Ausland stammenden Frauen hatte zudem die 12. Schwangerschaftswoche schon überschritten. Spanische Medien sprechen angesichts der zunehmenden Zahlen von einem regelrechten »Abtreibungs-Tourismus«. Das Bekanntwerden des Abtreibungsskandals und die hohen Abtreibungszahlen haben die Diskussion um eine Reform des Gesetzes neu entfacht. Während der Klinikverband ACAI und feministische Gruppierungen die Einführung einer Fristenlösung und Streichung der Abtreibung aus dem Strafgesetzbuch fordern, weisen Lebensschützer darauf hin, dass das Gesetz angesichts der liberalen Handhabung und tausendfachen vorgeburtlichen Kindstötungen verschärft werden müsse.

Der Skandal um die Abtreibungskliniken hätte aber wohl kaum eine derartige Brisanz, wenn nicht die Parlamentswahlen vor der Tür ständen. Die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero muss bei den Wahlen am 9. März um ihre Mehrheit bangen. In den jüngsten Meinungsumfragen liegen die Sozialisten nur knapp vor der oppositionellen Volkspartei (PP) um Mariano Rajoy. Zapatero, der bei der Wahl 2004 eine Reform des Abtreibungsrechts und die Einführung einer Fristenlösung versprochen hatte, will Presseberichten zufolge die Abtreibung allerdings nicht zum Wahlkampfthema machen. Demnach treibt ihn die Sorge, potentielle Wähler zu verprellen, darunter vor allem praktizierende Katholiken, die immerhin 20 Prozent der PSOE-Anhänger ausmachen. So stießen einige Gesetzänderungen der Zapatero-Regierung, die ebenfalls den Lebensschutz betreffen, in dieser Wählergruppe nicht auf Gegenliebe, darunter die Zulassung des Klonens menschlicher Embryonen und der Präimplantationsdiagnostik (PID). Die oppositionelle Volkspartei versucht nun, gerade diese Wählerschaft für sich zu gewinnen. Ob die PP nach einem Wahlerfolg Korrekturen an den einschneidenden Gesetzen der Sozialisten vornehmen würde, ist jedoch mehr als fraglich. So erklärte der Spitzenkandidat bereits, nicht alle Gesetze der PSOE rückgängig machen zu wollen. Im Falle eines Wahlsiegs der amtierenden Regierung ist hingegen zu befürchten, dass die Rechte Ungeborener weiter beschnitten werden. So zeigten sich führende Politiker der sozialistischen Partei in der Vergangenheit offen für eine Liberalisierung des Abtreibungsrechts und der aktiven Sterbehilfe. Man darf gespannt sein, wie die Wahl ausgeht und ob der Lebensschutz in Spanien weiter aufgeweicht wird.

IM PORTRAIT

Matthias Lochner

Der Autor, Jahrgang 1984, studiert Deutsch, Geschichte und Katholische



Theologie für das Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen an der Universität zu Köln. Er ist seit 2001 Mitglied der ALfA.

Als freier Journalist publiziert er regelmäßig auch im LebensForum.